

# Berliner Tageblatt

## und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Alle unentgeltlich eingesandten Manuskripte  
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Der Neupanlawismus im Südosten.

#### Die Pläne der „kleinen Entente“.

Befreiung von der französischen Vormundschaft.

Telegramm unseres Sonderkorrespondenten  
Dr. Leo Ladorer.

1. Prag, 4. September.

Der Minister des Auswärtigen, Dr. Beneš, hat Europa verstanden, daß nun der Blod der kleinen Entente geschaffen sei. Man muß daran erinnern, daß der Gedanke, im mittleren Europa einen Bund der kleinen Völker zu schaffen, nicht neu ist. Als Thomas Masaryk im Dezember 1918 seinen Einzug in die Hauptstadt des tschechoslowakischen Staates hielt, brachte er eine wunderliche Karte mit, die alle Staaten in mittleren Europa, von Finnland bis Griechenland, in einem roten Linien zu einem Staatenbund umschloß, den als „barbaricantigermanique“ die Zeitungen vor den Augen der Nationen hielten, und offenkundig als Ergänzung der französischen Politik in Paris erfinden worden war. Man braucht nicht zu befürchten, daß der Blod der kleinen Entente heute noch den Kern einer derartigen gegen Deutschland gerichteten Barrierekonstruktion bilden könnte. Gewiß soll diese Entente des schlechten Gewissens nicht nur der Sicherung des Friedens und der Herrschaft über den Weltfrieden dienen, sondern auch der Befreiung der kleinen Völker von der französischen Vormundschaft. Die Mitglieberschaft der kleinen Entente ist ein offenes Geheimnis, daß die französische Regierung sehr nachdrücklich die Befreiung von Truppen und von militärischer Kontrolle nach Polen über tschechoslowakisches Gebiet gewünscht hat und von der Neutralitätserklärung der Prager Regierung sehr unangenehm berührt worden ist. Wenn Johann Dr. Beneš in der Lage war, die Meinungen der kleinen Entente mit der ungarischen Regierung zu bekommen, so ist das darauf zurückzuführen, daß als unzulässig zu bezeichnen, so ist das darauf zurückzuführen, daß die Vereinbarungen von Cordon unter der Einwirkung der Besprechungen von Höhe von der französischen Regierung nicht ratifiziert worden sind. Aber es ist wohl kaum zu bestreiten, daß gerade das Verhalten Frankreichs im russisch-polnischen Konflikt seine Annäherung an Ungarn und auch eine gewisse Enttäuschung über die Haltung des Streits um Teschen den Gedanken, für die ausländische Politik der tschechoslowakischen Regierung zu finden, außerordentlich befördern mußten. Es war für Dr. Beneš schwer, in dieser Frage zu einer Verständigung mit der Belgrad Regierung und somit es sich um den Abschluß eines Schiedsvertrages gegen Ungarn und gegen eine Rekonstruktion der früheren Donauverträge in jeder Form handelte, auch zu Vereinbarungen mit Rumänien zu gelangen. Alle drei Staaten haben das gleiche Interesse, die Wiederkehr der Habsburger zu verhindern und Ungarn eine Donauverdringung zu verhindern zu verhalten. Wie Ungarn gegenwärtig werden soll, kein Meer auf die im Vertrag vorgesehene Stärke von 35 000 Mann zu vermindern. Ist allerdings eine offene Frage, obwohl gerade die Durchführung dieser Bestimmungen für die tschechoslowakische Zukunft mit Ungarn geht die tschechoslowakische langsam, aber mit Sicherheit voran. Es gibt für ihre Armee nicht viel weniger als vier Millionen jährlich aus, und es hat in der Slowakei gegen eine ganz außerordentliche Majorität der Gemäßheit zu kämpfen. Die Entente hat sich Ungarn gegenüber bisher stets als mächtiges erwiesen, ganz abgesehen davon, daß es fraglich ist, ob Frankreich heute bereit sein wird, einen wirklichen Aufbruch auf Ungarn in dieser

Richtung auszuüben. Minister Beneš hat dem neugeschaffenen Bund aber noch andere Funktionen zugewiesen. Aber daß, wie er in Aussicht stellt, dieses Gemisch aus „Balkanbund“ und „Mittel-europa“ gegenüber Rußland, Polen und den anderen Balkanstaaten zu einer gemeinsamen Linie der Politik gelangen werde, muß kurz bezweifelt werden. Auch die Beziehungen zwischen der tschechoslowakischen und jugoslawischen Regierung, die im Hinblick auf die tschechoslowakische Frage einen Kampf mit Rußland, mag es nun hochbewusst oder gar nicht sein, zu bestehen haben, in welchen die Sympathien der neuen Verbündeten kaum auf seiner Seite stehen werden.

Für das neue Bündnis, soweit es zwischen Prag und Belgrad spielt, ist überhaupt ein gewisser panlawistischer Zug charakteristisch. Man weiß überdies, daß auch Bulgarien eine Verständigung mit Jugoslawien erstrebt, und dieser Gedanke findet auch in Belgrad gewisse Sympathien. Nur gibt es auch in dieser panlawistischen Politik zwei Richtungen. Die eine erblickt in den Grundlagen der künftigen politischen Gestaltung in Europa ein Bündnis zwischen Deutschland und Rußland, in welchem die tschechoslowakischen Interessen im Vordergrund stehen würden. Die bedeutendsten für tschechoslowakische Interessen sind die Beziehungen zu den tschechoslowakischen und Bulgarien haben wir in den letzten Wochen oft und oft gelobt: Verständlich sich Tschechien mit Rußland, so wird es uns an der Seite dieses Bundes finden. Wir können weder ohne Tschechien noch wollen wir getrennt von Rußland leben.“ So, aus diesen Worten war klar eine gewisse drängende Angelegenheit herauszuführen. Die andere Richtung will auch die Spitze der neuen panlawistischen Politik, die nicht nur die Balkanstaaten, sondern auch tschechoslowakische und Polen umfassen soll, gegen Deutschland gerichtet haben, und es fehlt nicht an französischen Politikern, die nach dem Zusammenbruch des französischen Donauverdringens in diesem Zusammenhang tschechoslowakischen Neupanlawismus des tschechoslowakischen Mittel zur Vornahme tschechoslowakischen erblicken. An keinem dieser Geleise aber findet Rumänien Befriedung.

Seine ganz besondere Bedeutung besitzt der Bund der kleinen Entente für Deutschland, Österreich, soweit dieses Bündnis sich gegen den orthodoxen Militarismus richtet, der bereits jetzt Vorbereitungen für „Bestimmungen“ an der deutsch-österreichischen Grenze anknüpft. Soweit er die „schnelle Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen zu allen Nachbarn“ zum Ziele hat, soweit er gegen jede Restruktion der früheren Donauverträge gerichtet ist, wird er auch in Deutsch-Österreich überall Sympathien finden. Nur die Abkehr des Ministers Dr. Beneš, die konstantive Politik auch gegenüber tschechoslowakischen, tschechoslowakischen, nach Harze, Ebenen erwidern. Deutsch-Österreich hat mit der westlichen Orientierung seines Staatsanwaltes so frühe Erfahrungen gemacht, daß es keinerlei Lust mehr verspürt, von den „Judenbroschen“ der „konstantiven Politik“ Dr. Nemers und Dr. Beneš verführt, „als Knecht hinter der kleinen Entente herzulassen“, wie die „Neue Freie Presse“ heute schreibt und sich so den einzig möglichen Weg, der zu seiner Wiedererrichtung und zu tschechoslowakischen Interessen führen kann, vorgezeichnet zu lassen. Das Sonderverhältnis an diesem Bündnis der Schwäche und des Misstrauens, das seit zwischen Prag, Belgrad und Bukarest geschloffen ist, liegt aber vielleicht in der Tatsache, daß es überhaupt geschlossen worden ist. Denn im allgemeinen ging doch die sehr vernünftige Meinung Wiens dahin, daß besondere Bündnisse zwischen den Völkern überhaupt nicht mehr geschlossen werden sollten, und seit dem 20. Januar 1920 haben wir doch den Völkern und die Bestimmungen über den Völkern nicht aus, und der 18. des Vertrages von Versailles bestimmt: nur, daß auch derartige Verträge dem Völkern vorgelegt werden müssen. Aber es ist doch ein dicker Unterschied, daß sich das Bedürfnis nach Separatbünden gar so rasch eingestellt hat, und es scheint, daß selbst die kleinen Signale des Friedens von Versailles kein richtiges Vertrauen zu dessen Schöpfungen haben.

### Revision des Erfurter Programms.

Ein Aufruf zum sozialdemokratischen Parteitag.

E. F. Im Jahre 1890 trat das Sozialistengesetz außer Kraft. Jetzt konnte die sozialdemokratische Partei daran gehen, sich eine legale Organisation und ein neues Programm zu schaffen. Die erste Aufgabe erfüllte der Parteitag in Halle 1890, die zweite 1891 der Erfurter Parteitag. Der diesjährigen Parteivorstand vorgelegte Programmentwurf wurde einstimmig genehmigt. Die Deputation war unbedeutend. Ihr Verzicht, sich damals schon als eine Partei der Unabhängigen zu organisieren, scheiterte. Im nächsten Jahre gab Karl Kautsky, der Verfasser des Erfurter Programms, den populären Kommentar zum Erfurter Programm heraus, den er einen „Katechismus der Sozialdemokratie“ nannte. Das Programm besteht aus zwei Teilen, den allgemeinen theoretischen, der die Grundzüge und Endziele darstellt, und dem praktischen Teil, das heißt den Forderungen, die die Sozialdemokratie als politische Partei an die heutige Gesellschaft und den heutigen Staat richtet.

In der Vorrede des erwähnten Kommentars dankt Kautsky Eduard Bernstein für mannigfache Förderung. Bernstein wurde der Vater jenes Revisionismus, dessen Angriffe auf das Erfurter Programm eine Reihe von Parteitagungen hervorriefen, ohne an dem Programm selbst etwas zu ändern. Inzwischen ist das sozialdemokratische Programm von seinen Anhängern in entgegengelegelter Richtung verlassen worden. Das von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verfaßte Programm der kommunistischen Partei bricht vollkommen mit dem Erfurter Programm. Die unabhängige Sozialdemokratie hat sich auf dem letzten Parteitag in Leipzig zunächst ein Aktionsprogramm gegeben, das den praktischen Teil des Erfurter Programms aufhebt.

Während jetzt in der unabhängigen Sozialdemokratie der Kampf um die Moskauer Bedingungen ausgefochten wird, hat die Mehrheit der sozialdemokratischen Partei die Frage des Erfurter Programms auf die Tagesordnung ihres im Oktober stattfindenden Kasseler Parteitages gesetzt. Als Material legt sie dem Parteitag eine Sammlung von sechsundzwanzig Gutachten vor, die in den nächsten Tagen im Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“ („Das Programm der Sozialdemokratie. Vorschläge für seine Erneuerung“) erscheinen wird. Die Gutachten sind nach Anlage und Wert sehr verschieden. Zum Teil beschränken sie sich auf einzelne Punkte des Programms, zu denen sie bestimmte Änderungs-vorschläge machen; zum Teil geben sie allgemeine theoretische Erörterungen, ohne zu praktischen Ergebnissen zu gelangen. Sie richten sich in gleicher Weise gegen den allgemeinen Teil wie gegen den speziellen und verlangen, daß an Stelle der Allgemeinheiten und Unklarheiten des früheren Programms konkrete Forderungen gesetzt werden. Darin stimmen sie fast sämtlich überein, daß die Erfurter Formulierungen zum Teil erfüllt, zum Teil veraltet, zum Teil infolge der Weimarer Verfassung gegenstandslos sind. So hervorzuheben, daß die Revision des Programms zu erweitern ist, während Zweifel geäußert werden, ob heute schon eine neue Formulierung gefunden werden kann. Ramenthal weist Richard Feldt darauf hin, daß die parteigenössliche marxistische Forschung sich vorwiegend damit begnügt habe, die Lehre von Marx als ein Dogma zu konzentrieren. Er fordert, ehe man an die Revision des grundsätzlichen Teils geht, die Einwirkung einer Studienkommission, die die Probleme der industriekapitalistischen Entwicklung durchforschen müßte.

Einem großen Raum nehmen die Erörterungen über die Verfassungsgesetze ein, die in dem Programm selbst gar nicht berührt sind und von denen die Gutachten von Eduard Bernstein, Heinrich Cunow, Georg Grabauer und Max Quader sprechen. Eduard Bernstein verlangt das Verneinung der Einheitsrepublik auf der Grundlage eines organisch gegliederten Föderalismus; die Gliederung nach Einzelstaaten sei allmählich durch eine Gliederung nach großen Landschaften abzulösen. Nebereinkommend wird an dem demokratischen Grundgesetz das gleiche Verbot für alle sowie der Ablehnung der Kabinettsfrage und der politischen Klatsch festgehalten. Cunow wendet sich gegen die burokratisch-bürokratische Lehre einer Zerbrechung des Staates durch Aufzucht der proletarischen Diktatur. Grabauer redet die Feststellung der Bedeutung und des Wertes der Demokratie zu den wichtigsten Aufgaben der Partei. Quader sucht die konsequente Durchführung der demokratischen Mehrheitsregierung in dem Ausbau der Selbstverwaltung.

Die Erörterung der Kulturfragen ist nicht sehr ergiebig. Heinrich Schulz gibt eine geschichtliche Entwicklung der Stellung der Partei zu den Kulturfragen, vermag aber nicht, ein Schulprogramm in einzelnen zu formulieren, worüber er sich damit trübt, daß es weniger auf das Programm, als auf die Verhandlung von Fall zu Fall ankomme. Ueber Religion sprechen Gustav Radbruch vom evangelischen, Marcel Feldt vom katholischen Standpunkt; die Erklärung der Religion zur Bewarische dürfte nicht zu dem Mißverständnis einer grundsätzlichen Feindschaft zwischen Religion und Kirche führen. Radbruch verlangt darüber hinaus, daß die neue Religionslehre, die in der Arbeiterklasse im Entstehen ist, in die Landeskirchen hineingehört und eroberet. Interessant ist in Radbruchs Erörterungen über die Rechtspflege die entscheidende Ablehnung der vom Erfurter Programm geforderten Wahl der Richter durch das Volk, weil die Volkswahl die Unabhängigkeit der Richter auf das schwerste gefährde. Im übrigen denken sich seine Ausführungen im wesentlichen mit den Forderungen der modernen Strafrechtsschule. Zur Frauenfrage stellt Antonio Pflüß neben die negative Bestimmung des Programms, die Abschaffung aller der Frau benachteiligenden Gesetze verlangt, positive Forderungen, die eine große Anzahl ungeschriebener Rechte des reinen Männerstaats befestigen sollen.

### Vor der Einigung über Breslau.

Annahme der französischen Forderungen?

(Telegramm.)

Paris, 4. September. (Z. II.)

Das französische Ministerium des Auswärtigen hat, wie Savas meldet, aus Berlin einen amtlichen Bericht erhalten, daß die deutsche Regierung alle Forderungen zur Genugtuung für die Ereignisse in Breslau bewilligt hat.

Der „Temps“ hebt hervor, daß der französische Vorkämpfer Laurent die beiden von der deutschen Regierung vorgelegten Änderungen an der Genugtuungsleistung für Breslau angenommen hat. Die deutsche Verfassung gestalte dem Reichsländer nicht selbst Entschuldigungsbedeutung abzugeben. Neben dies wird der Minister des Auswärtigen, der ihn vertreten wird, beiläufig bemerken, daß die Ereignisse in Breslau bis zu einem gewissen Grade erklärt seien. — Der „Temps“ ist über diese Lösung sehr befriedigt. „Frankreich“, so sagt das Blatt, „versucht keinen Streit ohne Grund in die Länge zu ziehen.“

### Die internationale Arbeiterkraft und die Kriegstransporte.

Das Exekutivkomitee der Internationalen Transportarbeiterföderation richtet einen Aufruf an die Transportarbeiter und Eisenbahner aller Länder, in welchem es feststellt, daß dem Appell, die Beförderung von Waffen und Kriegsmaterial, das dem Kampf gegen Rußland dient, zu verweigern, allenfallsige Folge geleistet wird. In dem Aufruf heißt es weiter: „In zwei heute eingelangten Telegrammen — des Aktionskomitees der britischen Arbeiterbewegung und des Vorstandes der englischen Transportarbeiterorganisation, letzteres unterzeichnet von Robert Williams, Harry Gosling und Ernest Bevin, — werden wir ersucht, den deutschen, französischen,

belgischen, österreichischen, tschechoslowakischen, italienischen, holländischen und anderen Transport- und Eisenbahnarbeitern, die sich der Beförderung von Kriegsmaterial zugunsten des internationalen Kapitalismus gegen Sowjetrußland zu erfolgreich widersetzen, die herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln.“

### Das Schicksal der Ketterarmee Budjennis.

Der polnische Frontbericht.

Warschau, 4. September. (Z. II.)

Die Nachrichten der gestrigen Ketterarmee Budjennis ziehen sich fluchtartig in nordöstlicher Richtung zurück. Ein russischer Angriff gegen Buik wurde abgewiesen. Man ist allgemein der Ansicht, daß der Frieden bald geschlossen werden wird, zumal die Russen sich nachgiebig zeigen. Polen verlangt die alte Linie des alten Königreiches Polen und die Zbrucz-Linie, sowie Aufrechterhaltung der polnischen Souveränität über Bialystok. Polen erkennt das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker an. Zwischen Polen und Rußland ist Polen zur Kriegsfähigkeit bereit, falls Rußland auch die durch die Offensive und den Krieg in Polen verursachten Schäden gut macht. Polen ist zur Entwaffnung bereit, falls sie in ganz Europa durchgeführt wird.

Amlicher Heeresbericht vom 3. September. An der Frontlinie Sulawki-Mohawa keine Veränderung. Ketterarmee Budjennis sammelt sich unter dem Schutze frisch in den Kampf geeigneter Infanterieabteilungen, die in der Gegend von Bruslow durch heftige Gegenangriffe den Rückzug Budjennis aufzubrechen versuchen. Nach blutigen Kämpfen wurden diese Angriffe durch unsere Abteilungen zum Scheitern gebracht. Auf dem Südsügel nahmen polnische Truppen Belz und erbeuteten dabei 4 Maschinengewehre, 12 Munitionsmagazine und technisches Material. Deltich Vemberg wurden unsere in der Gegend von Buik und Grlajowka mehrfach heftig angegriffen, doch wurden diese Angriffe mit Hilfe von Tanks zum Scheitern gebracht. Rings des Dnepr bedrängte die Erfundungsabteilung.